

Vorlage Nr. GA 24/2023		
für die Sitzung des Gesundheitsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

**Streetwork im Bereich der Sucht- und Drogenberatung
hier: Stellenplanantrag 2024/2025**

A Problem

Mit Beschluss vom 19.04.2023 (Vorlage Nr. XI/ 3/2023) hat sich der Magistrat dafür ausgesprochen, dauerhaft 2 Vollzeitstellen für Streetwork im Bereich der Sucht- und Drogenberatung im Stellenplan des Gesundheitsamtes zu verankern. Hintergrund ist insbesondere, dass verschiedene öffentliche Orte, an denen sich Menschen mit Suchtmittelkonsum aufhalten, als problematisch wahrgenommen werden. Dies betrifft zurzeit die Orte Hafenstraße (Penny-Markt), Stadtpark Lehe und Hanse-Carré. Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzer:innen des öffentlichen Raums sind verbunden mit erhöhten Anforderungen an die Sucht- und Drogenhilfe. Neben polizeilichen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen werden auch von der Sucht- und Drogenhilfe Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation erwartet.

Zwar hat der Magistrat am 13.09.2023 (Vorlage Nr. II/ 75/2023) beschlossen, dass die Aufgabe Streetwork statt durch eine zusätzliche Personaleinstellung im städtischen Gesundheitsamt ebenfalls durch eine Beauftragung der AWO Bremerhaven - im Rahmen einer Integrierung in die bereits bestehenden vertraglichen Tätigkeiten – umgesetzt werden darf. Da die vertraglichen Abstimmungen mit der AWO jedoch noch nicht abgeschlossen sind, ist zum aktuellen Zeitpunkt ebenfalls ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen. Damit wäre weiterhin die Handlungsoption gegeben, das geforderte Streetwork innerhalb des Gesundheitsamtes einzurichten, sofern eine Beauftragung durch die AWO nicht zustande kommen sollte.

B Lösung

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem anliegenden Antrag zum Stellenplan 2024/2025 zu.

C Alternativen

Alternativen werden nicht empfohlen werden.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Für die Dauer von 12 Monaten ab Stellenbesetzungen konnten Projektgelder (aus dem „Landesprogramm Lebendige Quartiere“) für 1,78 Stellen (132.000 €) akquiriert werden. Im Rahmen der Verstetigung dieser Maßnahme werden voraussichtlich ab dem Jahr 2025 Kosten in Höhe von voraussichtlich ca. 148.300 € p. a. (auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalkosten) entstehen.

Es liegen keine genderrelevanten oder klimaschutzzielrelevanten Auswirkungen vor. Auswir-

kungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare öffentliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen ebenfalls nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Eine Abstimmung mit dem Personalamt ist eingeleitet.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

G Beschlussvorschlag

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrag zu und beschließt die Einrichtung von 2,0 Stellen Streetwork im Bereich der Sucht- und Drogenberatung innerhalb des Gesundheitsamtes, sofern eine Aufgabenverlagerung zur AWO nicht zustande kommen sollte.

Neuhoff
Bürgermeister

Anlage: Stellenplanantrag